

Taunus-Zeitung.

Kreis-Zeitung für den Kreis Königstein im Taunus.

Kelheimer- und
Hornauer Anzeiger

Nassauische Schweiz
Eppenhain, Glashütten, Ruppertshain, Schloßborn

Anzeiger für Ehlhalten,
Falkensteiner Anzeiger

Falkensteiner Anzeiger
Fischbacher Anzeiger

Am Montag, Mittwoch, Freitag und Samstag. Bezugspreis vierteljährlich 8,25 Mk., monatlich 2,75 Mk. Anzeigen: Die 41 mm breite Zeile 60 Pfennig, die 31 mm breite 50 Pfennig für hiesige Anzeigen; die 85 mm breite Zeile 1,20 Mk. im Textteil 175 Pfennig; tabellarischer Satz wird doppelt berechnet. Anzeigenannahme und Abgabegebühr 40 Pfennig. Ganze, halbe, dritte und vierte Seiten nach besonderer Berechnung. Bei Wiederholungen unveränderter Anzeigen in

Montag
8
November

langen Anzeigenräumen entsprechend Reduz. Jede Nachschickung wird als neue bei der nächsten Bezahlung der Anzeigengebühren. — Einfache Beilagen: Lautend 24.00 Mark. Anzeigenannahme: Größere Anzeigen müssen am Tage vorher, kleinere bis aller- spätestens 1/2 Uhr vormittags an den Erscheinungstagen in der Geschäftsstelle eingetroffen sein. — Die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen oder an bestimmter Stelle wird wünschenswert, eine Gewähr hierfür aber nicht übernommen.

Nr. 175 · 1920

Verantwortliche Schriftleitung, Druck und Verlag:
Dr. Kleinbühl, Königstein im Taunus.
Postfach 100; Frankfurt (Main) 9927.

Geschäftsstelle:
Königstein im Taunus, Hauptstraße 41.
Fernsprecher 44.

44. Jahrgang

Deutscher Reichstag.

Eupen und Malmédy. — Das besetzte Gebiet. Die Kartoffelversorgung.

Berlin, 6. Nov. Auf der Tagesordnung standen folgende Interpellationen, die zusammen beraten wurden.

1. Die Interpellation Schiffer (Dem.), die mit allen Parteien eingebracht worden ist, über Eupen und Malmédy: „Der Rat des Völkerbundes hat am 20. September in Paris beschlossen, Belgien endgültig die Souveränität über die Kreise Eupen und Malmédy zuzusprechen. Die Reichsregierung von diesem Beschlusse amtlich Kenntnis erhalten? Ist ihr bekannt, auf welche tatsächlichen Grundlagen er sich stützt? Welche Stellung nimmt die Reichsregierung dazu ein und was hat sie getan oder gedenkt zu tun, um den Nachweis zu erbringen, daß dieser Bescheid dem Wortlaut und dem Sinne des Artikels 34 des Versailler Vertrages und dem Selbstbestimmungsrecht der Völker widerspricht?“

2. Die Interpellation Krell (Dem.): „Ist die Reichsregierung in der Lage und bereit, Auskunft zu geben über die Höhe der durch die Besetzung der Rheinlande erwachsenden Kosten, 2. über die Behandlung der Bevölkerung durch die Besetzung und die der Reichsregierung bereiteten Hemmnisse, 3. über Maßnahmen zur Herbeiführung der Rückkehr der von der Reichsregierung jenseits der Westgrenze ausgetriebenen? Was gedenkt die Reichsregierung gegen die von den belgischen Staatsmännern geäußerte und betätigte Absicht, die Kosten der Besetzung der besetzten Gebiete vom Deutschen Reich zu tun?“

Der erste Redner Dr. Bell (Ztr.) sagte u. a.: Zum ersten Male habe ich heute im Parlament Klage zu erheben über die Reichsregierung, Vertragsbrüche und Verwahrlosung, die die Glieder bilden in der Kette eines Systems, der der Vorpiegelung von Moral, Recht und Gerechtigkeit im Deutschen Reich immer mehr zu demütigen und allmählich die Völker zu bringen. Meine Anklagen gegen den Reichstag sind von der Entente unbeantwortet geblieben. Zum dritten Male trete ich nun heute auf der Reichstagstribüne als Ankläger auf, um eine Antwort zu verlangen auf die Beschuldigungen, daß durch die Behandlung der besetzten Gebiete und von Eupen und Malmédy der Vertrag gebrochen worden ist. Sollte ich auf die dritte Anklage keine Antwort bekommen, dann trete ich mit Zug und Redt vor der ganzen zivilisierten Welt auf: Keine Antwort ist auch eine Antwort. Dann bin ich zur Feststellung vor der Geschichte berechtigt, daß das Reichsmaterial so wichtig und erdrückend und der Rechtszustand so unüberleglich ist, daß sich jeder Versuch einer Verleugung von selbst verbietet. Es gibt Dinge, die man nicht mehr ertragen kann. Heute stellt sich im internationalen Recht immer mehr eine Moral mit doppeltem Boden heraus. Der Friedensvertrag wird so ausgelegt, als ob er nur für die Entente Rechte bringt, uns aber lediglich Pflichten und unerträgliche Lasten aufbürdet.

Dann sprach der Redner über die Abstimmung in den Kreisen Eupen und Malmédy und erklärte: Es ist eine wahre Katastrophe des Selbstbestimmungsrechtes der Bevölkerung. Der Kreis Eupen ist rein deutsch, der Kreis Malmédy zu 75 Prozent. Einer Deputation, welche dem Völkerbund eine Bittschrift übergeben und mündlich erläutern wollte, hat man die Einreiseverlaubnis verweigert. Die Einreise ist inzwischen als Druckmittel erschienen und enthält unbedingte zuverlässige Quellen gestütztes Material. Von 100 Stimmberechtigten haben sich 271 in die Listen eintragen lassen! Durchaus einwandfreie, unbedingt zuverlässige Zeugnisse aus den Kreisen selbst, aber auch ebenso zuverlässige Zeugnisse holländischer und schwedischer Gewährsmänner bezeugen, daß die Bevölkerung in ungeheurer Weise vergewaltigt worden, daß sie geradezu direkt verzwungen worden ist, ihren Willen kundzugeben. Wir appellieren an die Vollversammlung des Völkerbundes und fordern gründliche Nachprüfung der Abstimmung. Wir dürfen uns aber keiner Selbsttäuschung hingeben. Die Baluta des Völkerbundes sinkt von Tag zu Tag. Wir appellieren an einen unparteiischen Völkerbund!

Reichsminister des Inneren Dr. Simons sagte: Der Völkerbundsrat hat die Souveränität über Eupen und Malmédy endgültig Belgien übertragen. Jemand, welcher Bezug nimmt auf unser Weißbuch ist bei der Entscheidung der Entente nicht erfolgt. Wir wissen nicht, wie weit unser Material geprüft wurde, trotzdem wir in demselben auf den Bruch des Versailler Vertrages verwiesen. Wir haben daher den Völkerbund als nicht rechtmäßig anerkannt. Das letzte Wort wird die Völkerbundsversammlung sprechen.

Abg. Krell (Dem.) begründete die zweite Interpellation und sagte:

In dem Betrage von 15 1/2 Milliarden Kosten sind noch lange nicht alle die Summen enthalten, für die das besetzte Gebiet bluten muß. Dazu kommen noch die der weiteren Kontrolle entzogenen ansehnlichen Beträge, die von den Militärgerichten über die Bevölkerung verhängt werden. Wozu soll nun aber das französische Heer am Rhein bleiben? Soll es unsere Reichswehr niederhalten oder gegen Rußland kämpfen und gegebenenfalls auch im Ruhrgebiet einmarschieren? Das würde im Widerspruch zum Friedensvertrag stehen, denn danach soll es ja nur ein Pfand gegenüber Deutschland sein, wenn es die Vertragsbestimmungen nicht erfüllt. In Mainz sind von den Besatzungsbehörden 233 unmobilierte Wohnungen, 1184 bewohnte Räume, 2362 möblierte Zimmer mit 110 Räumen beschlagnahmt worden, im ganzen also 3546 bewohnbare Räume. (Lebhaftes Hört, hört!) Diese Wohnungen müssen nicht den Militärpersonen, sondern bereits demobilisierten bereitgestellt werden. Wir müssen uns genau überlegen, wie die berechtigten Wünsche des Rheinlandes nach Freiheit und Selbstbestimmung erfüllt werden können, ohne den Zusammenhang des deutschen Reiches zu gefährden. Ein rheinischer Fürst meinte einst, viel verlässlicher als eine giftige Schlange sei der Deutsche, der in der Stunde der Not sein Vaterland verläßt. Dies sollte vielen ein Mahnwort sein. Die frühere Pfalz ist jetzt eine Pfalz der Not, aber sie bleibt eine deutsche Pfalz, und Mainz ist nicht mehr das goldene Mainz im alten Sinne, aber golden in der Treue zu Deutschland. (Lebhafter starker Beifall.)

Reichsminister des Inneren Dr. Koch sprach die Hoffnung aus, daß die Frage der besetzten Gebiete nicht als eine Angelegenheit der Parteien, sondern der Nation behandelt werde. Die Tatsachen sind so schwerwiegend, daß es gar keiner Uebertreibung bedarf. Die Kosten der Besetzung sind in der Tat als ungeheuerlich zu bezeichnen. Trotzdem im besetzten Gebiet 12 deutsche Flugplätze vorhanden waren, wurden noch 18 neue Flugplätze angefordert, 13 allein für die Franzosen. 800 Hektar fruchtbares Land mußten dazu hergegeben werden. Der Oberingelheimer Fall muß natürlich zum Gegenstand einer deutschen Note gemacht werden, und es ist nicht nur eine Sühne, sondern auch eine Entschädigung zu verlangen, wie wir sie in entsprechenden Fällen geleistet haben. Wir müssen fortwährend laut reden und immer wieder die Stimme des Protestes erheben, bis die Kulturwelt zur Mithilfe schreitet. Fortdauernd sind Politiker für Loslösungspläne vom Reich tätig. Es bedarf keiner Erwähnung, daß die deutsche Regierung in ihrem Streben, die Rheinlande deutsch zu erhalten, durch keine Macht der Welt schwankend gemacht werden kann. Der Friedensvertrag ist hart genug. Umomehr bedarf die unverbrüchliche Innehaltung des Friedensvertrages der Gegenseitigkeit und wir können nicht anerkennen, daß von anderer Seite versucht wird, an den Bedingungen zu eigenen Gunsten zu rütteln. Vor allem ist energischer Protest gegen die Behauptung zu erheben, als würde die Frist für den Ablauf der Besetzung erst dann zu laufen beginnen, wenn die Verpflichtungen erfüllt sind. Davon kann keine Rede sein. Eine solche Auffassung kann einer ernsthaften Prüfung nicht standhalten.

Es sprechen noch weiter ein Redner der Sozialdemokraten, der Deutschnationalen und der Unabhängigen, sowie der Neukommunisten, die sich alle den Protesten der Vordränger anschließen.

Dann folgte die Besprechung der Interpellation Arnstadt (Deutsch.) wegen Nichtausführung von Kartoffellieferungsverträgen. Hierzu sprach Abg. Schimmelpfennig (Dnt.), der die Interpellation begründete und der Reichsernährungsminister Dr. Hermanns. Er erklärte: Der Erfolg der Abgabe von Kartoffeln zum ermäßigten Preise an Minderbemittelte hat sich in der Hauptsache auf die ländlichen Bezirke beschränkt und ist bedauerlicherweise in einzelnen Fällen durch Auslieferungen der Konsumenten durchkreuzt worden. Es ist geflücht, fast 80 Prozent mehr Wagen als im Vorjahre für Kartoffeltransporte freizustellen. Während des abgelaufenen Wirtschaftsjahres zeigte sich, daß die öffentliche Bewirtschaftung nicht mehr durchführbar ist. Es war nicht einmal möglich, Reserven für den Winter einzulagern. Der Schleichhandel blühte. Bei den Maßnahmen zur Verbilligung der Kartoffeln hat das Reich zwei 600 Millionen Mark zugesprochen. Zu einer Beförderung und zu Ankäufen liegt keine Veranlassung vor. Während im Vorjahr vom 30. September bis 1. November rund 136 000 Wagen gestellt wurden, sind in diesem Jahre bis zum gleichen Zeitpunkt bereits 290 000 Wagen abgerollt. Jeder Wagen zu 250 Zentner berechnet, bedeutet, daß in diesem Jahre bis zum 1. November 62 Millionen Zentner zur Lieferung gelangt sind, während im Vorjahr in dem gleichen Zeitraum 34 Millionen und im ganzen Jahre 46 Millionen

Zentner abgeliefert wurden. Eine verschärfte Bekämpfung von Wucher- und Schiebertum ist beabsichtigt. Auch soll dem Handel die Einfuhr von Kartoffeln aus Polen gestattet werden. Durch einmütiges, verständnisvolles Zusammenarbeiten aller Kreise können wir über die Schwierigkeiten der jetzigen Uebergangszeit hinwegkommen.

Die Beendigung der Besprechung der Interpellation wird auf den 18. November festgesetzt.

Politische Rundschau.

Der Widerstand gegen die Getreideverfassung.

Da der Widerstand der Landbevölkerung und besonders der Müller gegen die Tätigkeit der Kontrollbeamten der Reichsgetreidestelle an manchen Orten immer schärfere Formen annimmt, hat sich der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft veranlaßt gesehen, an die Landesregierungen das Ersuchen zu richten, genügende polizeiliche Kräfte bereitzustellen, um den Angestellten der Reichsgetreidestelle in allen Fällen den notwendigen Schutz bei ihrer Tätigkeit in der Mühlenkontrolle zuteil werden zu lassen.

Die preussische Verfassung.

Die Preussische Landesversammlung beendete vorgestern die zweite Lesung der Verfassung. Im wesentlichen wurden die Bestimmungen der Verfassung entsprechend den Beschlüssen der verschiedenen Ausschüsse angenommen. Beim Kapitel „Selbstverwaltung“ wurde ein Antrag der Demokraten angenommen, nach dem die Ausübung des Gemeindevollrechts von einer bestimmten Aufenthaltsdauer in der Gemeinde abhängig gemacht werden kann. Im übrigen bleibt es bei den bisherigen Bestimmungen.

Erzbergers Steuererklärungen.

Berlin, 6. Nov. Wie eine Berliner Korrespondenz meldet, ist gegen den früheren Reichsfinanzminister Erzberger nunmehr bei der Staatsanwaltschaft Strafanzeige erstattet worden wegen des dringenden Verdachtes der Steuerhinterziehung. Begründet wird die Anzeige damit, daß nach der Zurückziehung des Strafantrages Erzbergers gegen den Redakteur Dr. Böld und nach seiner Erklärung, daß er sich auf den Weg der Privatklage nicht lassen lassen werde, eine gerichtliche Klärung der Steuerangelegenheit Erzbergers auf anderem Wege nicht möglich sei. Weiter erucht die Anzeige die Staatsanwaltschaft, ihre Ermittlungen auch auf die Auslandskonten Erzbergers auszudehnen.

Streik der Elektrizitätsarbeiter in Berlin.

Berlin, 6. Nov. Durch einen über Nacht ausgebrochenen Streik der Elektrizitätsarbeiter ist das ganze Wirtschafts- und Verkehrsleben der Hauptstadt lahmgelegt. Die Gründe zum Streik sind Lohnforderungen. Dem Schiedsgericht des Einigungsamtes unterwarfen sich die Arbeiter nicht. Die in dem Spruch des Einigungsamtes ausgesprochene Bewilligung bedeutet eine Mehrbelastung des städtischen Etats von rund 50 Millionen.

Berlin, 6. Nov. Die zwischen den Streikenden einerseits und dem Einigungsamt andererseits im Laufe des Tages geführten Verhandlungen haben bis zu später Abendstunde nicht zur Einigung geführt. Im Laufe des Tages sind auch die Gaswerke in Neu-Adlin und Lichtenberg lahmgelegt worden, da infolge des Elektrizitätsarbeiterstreiks die automatische Kohlenbeheizung der Retorten nicht mehr zu arbeiten vermochte.

Die technische Nothilfe hat auf Veranlassung des Ministers Severing sich zur Verfügung gestellt, da sich für Berlin unerträgliche Verhältnisse herausgestellt haben. Zum Beispiel teilte das Jüdische Krankenhaus mit, daß es infolge Versagens des Stromes gezwungen sei, seine Kranken zu entlassen, und jede Verantwortung für deren Schicksal ablehne. Eine unmittelbare Gefahr für Menschenleben trat dadurch ein, daß infolge Aussetzens der elektrischen Antriebskraft für die Pumpen der Baugruben der Nord-Südbahn die umliegenden Häuser infolge von Unterspülung in die Gefahr des Einsturzes kamen. Der Einsatz wurde zunächst für die Elektrizitätswerke Moabit und Rummelsburg angeordnet. Die technische Ausführung ist, da sie in die dunklen Abendstunden fiel, außerordentlich erschwert. Polizeilichen Schutz stellte das Berliner Polizeipräsidium.

Berlin, 7. Nov. (Wolff.) Die Streiklage ist im allgemeinen unverändert. Die Straßenbahnen haben sich für einen Sympathiestreik entschieden. Die Schwanenburger Gaswerke haben gestern nachmittag den Betrieb wieder aufgenommen. Das Werk in Tegel hat gestern den ganzen Tag, mit Ausnahme einer kurzen Störung, gearbeitet. Die Werke in der Danziger Straße und der Gieselerstraße arbeiten ununterbrochen.

Berlin, 7. Nov. (Wolff.) Die Arbeiter der städtischen Elektrizitätswerke haben den Notbetrieb aufgenommen. Die technische Nothilfe ist abgerückt. Ueber die Arbeitsaufnahme in vollem Umfange sind Beschlüsse noch nicht gefaßt. In sämtlichen Werken des alten Berlin wird gearbeitet.

Wiedereinführung der Zwangsbewirtschaftung für Fleisch?

Düsseldorf, 7. Nov. Nach einer der Düsseldorfer Stadtverwaltung gewordenen Mitteilung hat nach Aufhebung der Fleischrationierung eine derartige Massenschlachtung von Vieh aller Art eingesetzt, daß die deutschen Viehbestände rapid abgenommen haben. Infolgedessen soll neuerdings innerhalb der Regierung wieder die Einführung der Zwangsbewirtschaftung für Fleisch erwogen werden.

Wertvolle Marmorfunde bei Elberfeld.

Elberfeld, 5. Nov. In Ralksteinbrüchen am Rande der Stadt, die Ausläufer der rheinischen Ralkvorkommen von Neandertal bis Dornap bilden, wurde auf einem Gelände von dreieinhalb Morgen Marmor aufgefunden, der in drei Schichten von 150 Meter Tiefe lagert. Nach dem Urteil von Sachverständigen handelt es sich um hochwertigen Marmor, ähnlich dem von Carrara. Mit der Ausbeute befaßt sich bereits eine Kommanditgesellschaft, die über erhebliche Mittel verfügt.

Die Wiedergutmachungsfrage.

Genf, 7. Nov. In der englisch-französischen Aussprache über das Problem der Festsetzung der deutschen Kriegsschädigung hat der Vorkämpfer Lord Derby gestern dem französischen Ministerpräsidenten Lyautey die englische Antwort auf die letzte französische Note vom 17. Oktober überbracht. Nach den Angaben der französischen Regierungspresse soll England damit einverstanden sein, daß die Alliierten in kürzester Frist sachverständige, von der Wiedergutmachungskommission abzuordnende Vertreter nach Brüssel schicken zu einer Aussprache mit sachverständigen Delegierten der deutschen Reichsregierung. Das Ergebnis dieser Aussprache soll sodann als Unterlage dienen für eine in Genf abzuhaltende Konferenz zwischen den Finanzministern der Entente-Regierungen und des Deutschen Reiches. Diese Konferenz soll jedoch noch keine Entscheidung bringen. Der Bericht über ihre Verhandlungen soll mit dem Bericht über die vorausgegangene Brüsseler Sachverständigenbesprechung der Wiedergutmachungskommission überwiesen werden, die dann erst zur Festsetzung der deutschen Kriegsschädigung schreiten werde. Sobald die Wiedergutmachungskommission ihren ziffernmäßigen Vorschlag gemacht haben wird, sollen die Ministerpräsidenten der Großmächte der Entente zusammentreffen, um Beschluß zu fassen über die dem Deutschen Reich auszuverleihende Gesamtsumme und zu der ihrer Eintreibung in Aussicht genommenen Strafen und Zwangsmittel.

Die Milchkuhe für Frankreich.

Paris, 6. Nov. Die Havas-Agentur erklärt, sie sei in der Lage mitzuteilen, daß keine Herabsetzung der Zahl der von Deutschland geforderten Milchkuhe erfolge. Frankreich habe sich bei der Festsetzung der äußersten Mähigung befleißigt. Sobald die Abgabe von 92 000 Stück Vieh, deren sofortige Lieferung der Friedensvertrag vorsehe, erfolgt sei, würden von Frankreich nur noch 510 000 Stück Vieh verlangt werden.

Danzig und Polen.

Paris, 6. Nov. (Wolff.) Die Vorkonferenz hat beschlossen, daß das Übereinkommen zwischen Danzig und Polen am 15. Nov. mit der Urkunde betreffend die Konstituierung Danzigs als Freistadt unterzeichnet werden soll. Polen werden gewisse weitere Erleichterungen bezüglich Danzigs zugesprochen.

Die Arbeitsdienstplicht in Bulgarien.

Havas meldet aus Sofia, 5. Nov.: Das Gesetz über die obligatorische Arbeitsleistung ist bereits in mehreren Gegenden Bulgariens angewandt worden. Die ganze männliche Bevölkerung im Alter von 20—55 Jahren wurde in gewissen Vierteln der Hauptstadt für fünf Tage einberufen, um während dieser Zeit im Rückstand gebliebene Instandsetzungsarbeiten in der Umgegend von Sofia auszuführen.

Lokalnachrichten.

* Königstein, 8. Nov. Heute vor zwei Jahren brach über Deutschland die Revolution herein, welche die bis dahin in unserem Vaterlande ausschließlich geltende monarchische Staatsordnung beendete, eine Folge des großen unglücklichen Krieges, in dem Deutschland nach viereinhalbjährigem, übermenschlichen Ringen und Leiden der Uebermacht seiner Gegner unterlegen war. In der gestern Abend im Saale des Hotel Procahy von der Ortsgruppe Königstein der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands einberufenen öffentlichen Volksversammlung, die aber nicht sehr zahlreich besucht war (anscheinend auch nicht von den Anhängern der Partei selbst), bezeichnete der Referent des Abends Herr Redakteur Burkart ebenfalls den Krieg als Schrittmacher der Revolution. Mit ihr sei am 8. November 1918 der Militarismus in Deutschland zusammengebrochen und durch sie die Bahn zur Freiheit offen. Männer und Frauen wurden gleichberechtigte Staatsbürger. Als Feinde der durch die Revolution entstandenen Republik bezeichnete Redner die Rechtsparteien, die Deutschnationalen, die Deutsche Volkspartei, der Verlauf und Inhalt der Tagung derselben in Hannover sei eine offene Kampfanzeige an die Republik. Die über ganz Deutschland verbreitete Organisation der Orchestre-Deute, eine Schöpfung der früheren Alldeutschen durch den reaktionären Forstmeister Eiserich begründet, arbeite mit dem Kapital der Reaktionäre und fände deren Wirken gerade in Hessen-Rassau durch den Oberpräsidenten der Provinz nicht die ihr gebührende tatkräftige Zurückweisung. Leider seien die Anhänger der Sozialdemokratie unter sich selbst nicht einig, zu ihrem Schanden, denn von ihrer Uneinigkeit lebe nur die Reaktion. Es müßten sich aber, um wirklich erfolgreich sein zu können, alle Hand- und Kopfarbeiter auf dem Boden der Sozialdemokratie vereinigen. Redner kritisierte Maßnahmen der jetzigen Regierung und erklärte, Reichswehrminister Dr. Gekler als eine Gefahr für die Republik. Die Ernährungswirtschaft, aus der Not der Zeit zum Wohle des ganzen Volkes geschaffen, sei zu einer Mißwirtschaft geworden, die Aufhebung der Zwangswirtschaft aber meist zu früh erfolgt, wie die schlechten Erfahrungen mit Kartoffeln und Fleisch bewiesen. Freiheit des Geistes sei das Ziel der Sozialdemokratie, der Kampf um dieses Ziel sei notwendig, doch dürfe er nicht mit roher Gewalt, sondern nur mit geistigen Waffen geführt werden. Redner verteidigte die Sozialisierung, die allein uns aus der wirtschaftlichen Not errette.

konnte und schloß mit dem Appell: Hinein in die Sozialdemokratie, die nur allein uns zur Höhe des wirtschaftlichen Lebens führen kann durch praktische Arbeit. Zu der sich anschließenden Diskussion meldete sich als Erster Herr Vater Augustin vom Reichheimer Franziskanerkloster, der sich in manchen Punkten mit dem Referenten des Abends und seinen Ausführungen einverstanden erklärte, besonders auch in der Beurteilung der Reaktion. Der Vater freute sich, daß in der Republik Deutschland aus Untertanen freie Volksgenossen geworden seien. Redner kam sich aber der Ausführung des Referenten, daß die faktisch zahlenmäßige Zunahme der Sozialdemokratie die Richtigkeit ihrer Bestrebungen beweise, nicht anschließen. Die Frage der Sozialisierung bedürfe sorgfältigster Prüfung, seien doch in neuester Zeit selbst die Radikalfürsten der Sozialdemokratie zu Gegnern der Sozialisierung geworden und verlangen nur noch eine Kontrolle der Produktion. Zumeist aber wendet sich der Herr Vater gegen die in dem Zweck und den Zielen der Sozialdemokratie begründete materialistische Geschichts- und Weltanschauung, auf der nie und nimmer das Wohl des deutschen Volkes aufgebaut werden könne. Denn über dem materiellen Ziele stehe das erstrebenswertere, das geistliche. Diesem Fundamentalsatz widmete Redner längere Darlegungen und schloß mit der Aufforderung an die Anhänger der Sozialdemokratie: Geben Sie das Falsche auf, kommen Sie zu uns! Die Rede des Herrn Vaters, die in ihren Ausführungen und ihrer Ausdehnung die Rede des Referenten fast vergessen ließ, blieb natürlich nicht unwidersprochen und wurde dann auch allein Gegenstand der Diskussion. Ihr widerstand zuerst Herr Konrad Billmer, zumeist ober und wohl als bester Redner des Abends Herr Dr. Abel, der in gleichfalls längeren Ausführungen betonte, daß gerade und nur die Sozialdemokratie nicht nur die materialistische sondern auch die wahrhaft christliche Weltanschauung und wirklich christliche Betätigung nicht bloß erstrebe und im Munde führe, sondern auch wirklich befolge. Die Diskussion, an der sich zum Schluß außer den schon Genannten auch noch Herr Amtsgerichtsrat Dr. Staberow beteiligte, fand erst kurz vor Mitternacht ihr Ende, worauf nach kurzem Schlusswort des Referenten der Vorsitzende der hiesigen Ortsgruppe Herr A. Schlier die langausgedehnte Versammlung schloß.

Geschäftsbücher

mit einfacher, doppelter oder ohne jede Konto-Liniatur, mit und ohne Register, in verschiedenen Formaten und Stärken
Kontobücher in Oktav und Quart versch. Stärke vorrätig
Ph. Kleinböhl, Königstein, Hauptstr. 41, im Laden.

* Fußball. Gestern hatte der Fußballklub den Turnverein Schwanheim zu Gast. Die 2. Mannschaft gewann ihr Spiel kampflos, da die 2. Mannschaft Schwanheims nicht angetreten war. Um 3 Uhr begann das Spiel der 1. Mannschaften beider Vereine. Mit dem Anstoß Königsteins geht es vors Schwanheimer Tor. Erst nach 28 Minuten gelingt es dem Mittelstürmer Königsteins das erste Tor zu erzielen, dem 1 Minute später der Halbrechte das zweite folgen läßt. Kurz vor Halbzeit wird das dritte Tor erzielt. Beim Seitenwechsel steht das Spiel 3:0 für Königstein. Nach Halbzeit erzielt Schwanheim 2 Tore, die leicht zu verhindern gewesen wären. Auch in der zweiten Halbzeit erzielt Königstein noch 3 Tore. Schwanheim legte sich in der Hauptsache auf die Verteidigung, wie das Eckballverhältnis auf der rechten Seite 6:1 deutlich zeigte. Bei Königstein lag die Stärke in Sturm und Verteidigung. Die Läuferreihe war wie immer gut. Mit einem einwandfreien Sieg 6:2 konnte die 1. Elf des F. C. das Spielfeld verlassen, auf dem sie das letzte, programmmäßige Spiel absolvierte. Der Schiedsrichter, ein Herr von Sp. B. Wiesbaden, war dem Spiel ein gerechter Leiter.

* In der Freitagssitzung erwähnten wir, daß ein hiesiger Gastwirt wegen Hehlerei von der Strafkammer Wiesbaden zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt worden sei. Dieses trifft aber nicht zu, sondern derselbe wurde, früher schon, gänzlich freigesprochen, was wir hiermit gerne berichtigen.

* Hornau, 8. Nov. Ueber den gestrigen Verlauf der Kirchweih kann man berichten, daß es eine richtige Aech war, die zahlreich besucht wurde. Wenn das Geld loie in der Tasche saß, der konnte die Kirchweihfreuden voll und ganz genießen. In den Tanzsälen war starker Trubel und glückselig war, wer noch einen Stuhl erwischen konnte. Trotz der hohen Getränke- und Tanzpreise huldigte man dem Tanzvergnügen bis zum Kehraus. Heute am Kirchweihmontag kommen die Einheimischen mehr zu ihrem Rechte. Soviel steht aber fest, auf die Hornauer Aech brauchte man keine Festeslaune mitzubringen, die kam dort von selbst.

* In der am Mittwoch stattgehabten Sitzung der Gemeindeförperschaften wurde zum Beigeordneten Herr Maurermeister Wendlin Stephan mit 7 Stimmen gewählt. Die Sozialdemokraten gaben weiße Zettel ab.

Von nah und fern.

Mannheim, 6. Nov. Wegen Kettenhandels und Preistreiberei mit Zigarren wurde gestern vor der hiesigen Strafkammer der Kaufmann Hugo Hermann Urbach aus Söllnig zu 2 Monaten Gefängnis und Geldstrafen von zusammen 290 000 Mark, hilfsweise zu weiteren drei Jahren Gefängnis verurteilt. Der übermäßige Gewinn von 167 000 M. wird eingezogen. Die Frau des Angeklagten, die nach der Verhaftung ihres Mannes die Schiebungen fortzusetzen suchte, erhielt 10 000 M. Geldstrafe.

Offenburg, 6. Nov. (W. B.) Hier wurden die Inhaber der Firma „Hanja“, der 22jährige Henn und der 25jährige Bohn, verhaftet. Die Beiden haben ein Vermittlungsbüro für Käufe und Verkäufe errichtet und befaßt sich in der Hauptsache mit dem An- und Verkauf von Grundstücken. Zum Ankauf einer Gärtnerei waren ihnen 75 000 M. vorgestreckt worden, die sie verjubelten. Auf Kosten des Käufers hielt Bohn seine Hochzeit, die allein 20 000 M. verschlang.

Verabsaumung eines Postamtes.

Seuthen, 8. Nov. Unter Ausnutzung des Lichtstreits drangen drei Bewaffnete in das Postamt in Morgenroth ein und raubten einige Geld- und Einschreibebriefe sowie 180 000 M. Bargeld.

Amtliche Bekanntmachungen.

Unter den Viehbeständen der Landwirte Phil. Georg Adam, Wdh. Schö, Emil Schäfer, Joh. Volk, Anton Brech 1r in Niederhächstadt ist die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen.

Ueber die traglichen Geböste ist die Sperre verhängt worden.

Königstein i. L., den 5. November 1920.

Der Landrat: Jacobs.

Bekanntmachungen für Königstein.

Unter dem Rindviehbestande des Landwirts Johann Ochs in Soden, Enggasse 1, ist die Maul- und Klauenseuche amtlich festgestellt worden.

Königstein i. L., den 5. November 1920.

Die Polizeiverwaltung: B. B. Grühl.

Bekanntmachung für Reikheim.

Bekanntmachung betr. Straßenreinigung.

Auf Grund der Polizeiverordnung vom 16. April 1914, betreffend die polizeimäßige Reinigung der öffentlichen Wege im Gemeindebezirk Reikheim, werden die Eigentümer bzw. Mieter aller bebauten und unbebauten Grundstücke, die an Straßen oder Wege angrenzen, auf die Verpflichtung der regelmäßigen gründlichen Reinigung der Straßen und Wege einschließlich der Hofrinnen und Hochbanketts hiermit erinnert.

Nach § 1 der Polizeiverordnung ist die Reinigung Mittwoch und Samstag vorzunehmen. Die Säumigen werden nach § 6 der Verordnung unachtsamlich bestraft.

Reikheim i. L., den 6. November 1920.

Die Polizeiverwaltung: Kremer.

Konsumverein für Höchst a. M. u. Umg.

c. G. m. b. H.

Sonderangebot in Kleider-, Kostüm- u. Anzugstoffen

Infolge Verhandlungen der reichlichen Staatsregierung, des Gera-Weitzer Textil-Konsumvereins, der Großhandels-Gesellschaft deutscher Konsumvereine, der Gewerkschaften und zur Verwirklichung der produktiven Erwerbslosenfürsorge ist vereinbart worden, um der Arbeitslosigkeit in der Textilindustrie abzuwehren, die Lagerbestände der Fabriken abzulassen. Die Fabrikanten gewähren Preisermäßigungen, die reichliche Regierung gewährt die Mittel der produktiven Erwerbslosenfürsorge und die Großhandels-Gesellschaft deutscher Konsumvereine übernimmt den Vertrieb der Waren zu ganz geringen Verkaufspreisen. Für die abgenommenen Waren haben die Fabrikanten neue Waren unter Einstellung von Arbeitslosen herzustellen.

Wir haben und bereit erklärt, dieses Unternehmen zu unterstützen und die Verteilung der Stoffe mit einem ganz geringen Aufschlag übernommen. Die Stoffe sind den heutigen Verhältnissen entsprechend sehr preiswert und betragen für Anzug- und Kostümstoffe M. 65.— bis 100.— pro Meter.

Infolge Mangel eines Spezialgeschäftes findet der Verkauf vorläufig in unserem Zentrallager, Unterliederbach, Schulstraße 12 III. St. statt und nur Dienstags und Freitags nachmittags von 2 bis 5 Uhr. Unsere Mitglieder werden ersucht von dem günstigen Angebot Gebrauch zu machen und die Verkaufszeit genau einzuhalten.

Der Vorstand.

Ein ordentl., hinterliebes Mädchen

in kleinen Haushalt nach Mainz auf sofort gesucht. Näheres in d. Geschäftsstelle.

Junges Mädchen

sucht Stellung, nimmt auch Monatsstelle an. Angeb. an M. P. an die Geschäftsstelle.

Gut empfohlenes

Mädchen

für Hausarbeit gesucht Falkenstein, Cronberger-Wein, Haus Paganland.

Junge Schneiderin

mit guten Vorkenntnissen sucht Stelle, wo zur weiteren Ausbildung Gelegenheit geboten ist. Angebote unter H. 36 a. d. Geschäftsstelle d. B.

Rührige Bezirksvertreter

finden sichere Dauererziehung durch Alleinvertrieb erstklass. Nahrungsmittel und Fette bei hohem Verdienst u. Reklameunterstützung.

Es wollen sich nur zielbewusste Herren melden, die gute Beziehungen zu landwirtschaftlichen Kreisen haben und mindestens über 2000 M. Startkapital zur Übernahme verfügen.

Angebote unter Vorlegung der Verhältnisse an: R. Knopp, (Pfals)

An- und Abmelde-scheine

zu haben in der Druckerei Ph. Kleinböhl, Königstein.

Zum Schlachten empfehle:

Pfeffer ganz u. gemahl.
Nelken
Ruskatnüsse
Ingwer
Mayran
Piment
Salpeter
Wurstkordel

Paul Krönke,
Drogenhandlung, Königstein,
Hauptstraße 27.

Maschinen-Öle, Wagen-, Leder- u. Maschinen-Fette

liefern in bewährter Qualität preiswert in jedem Quantum. Gebr. Hiestand, Del- und Fettgroßhandlung, Hofheim im Taunus.

Häufelmaschine

in gut. Zustande zu verkaufen Gebr. Klein, Unterliederbach, Königsteinstr. 192, Tel. 133.

Brief-Bogen

weiss, liniert, kariert, mit und ohne Firma-Druck

Schreibmaschinen-Post

in allen Formaten sehr preiswert bei

Ph. Kleinböhl, Königstein, Hauptstr. 41, im Laden.